

1 **KLIMASCHUTZ: WAS JETZT ZU TUN IST**

2 *Sofortprogramm für den Sommer 2019*

3
4 Im Jahr 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris gemeinsam das Ziel gesetzt, die globale
5 Erhitzung deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu halten, um heutigen wie folgenden
6 Generationen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Die Klimaforschung ist sich einig: Nur
7 wenn der Pariser Vertrag eingehalten wird, lässt sich der globale Temperaturanstieg begrenzen.
8 Der Kampf gegen die globale Erhitzung ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Dabei
9 geht es nicht mehr um ein fernes Zukunftsszenario: Die gravierende Klimaveränderung zwingt
10 schon heute weltweit mehr Menschen zur Flucht als sämtliche Kriege zusammen. Und auch
11 mitten in Europa zeigen sich die Auswirkungen der Klimakrise mehr und mehr: Denken wir doch
12 nur an den Extremsommer im vergangenen Jahr – 30 Grad Celsius am Polarkreis, Waldbrände
13 von Griechenland bis Schweden, ausgedörrte Landschaften und Ernteauffälle in halb Europa.

14 Lippenbekenntnisse zum Pariser Klimavertrag reichen nicht aus. Damit Deutschland seine
15 Verpflichtung aus Paris – bis Mitte des Jahrhunderts unsere Emissionen um mindestens 95
16 Prozent zu reduzieren – erfüllen kann, muss die Politik sofort und umfassend handeln. Bis zum
17 Jahr 2030 müssen wir die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber dem Referenzjahr
18 1990 senken.

19 Die Ideen, Instrumente und Technologien dafür sind vorhanden. Die Unterstützung in der
20 Bevölkerung wächst und wächst. Die Kinder, von denen wir unsere Erde nur geborgt haben,
21 gehen zu Hunderttausenden für Klimaschutz auf die Straße. Etliche Unternehmen haben sich
22 auf den Weg gemacht, weil sie wissen, dass eine Green Economy neue Wertschöpfungsketten
23 und neue Arbeitsplätze schaffen wird. Klimaschutz ist nicht nur die ökologische Schicksalsfrage,
24 sondern auch maßgeblich für die Zukunft unserer Wirtschaft: Nur wenn der Übergang zu einer
25 kohlestofffreien und ressourcenleichten Wirtschaft gelingt, bleibt „Made in Germany“ eine
26 international erfolgreiche Marke. Nur so sichern wir den Industriestandort Deutschland und
27 damit auch zukunftsfähige Arbeitsplätze. Auch dem Staatshaushalt droht Ungemach, wenn wir
28 unsere Zusagen gegenüber den europäischen Staaten, unsere Emissionen deutlich zu senken,
29 nicht einhalten. Es drohen Belastungen im zweistelligen Milliardenbereich. Dieses Geld wollen
30 wir sinnvoll investieren.

31 Die Europawahl und die Fridays-for-Future-Bewegung zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger
32 konsequenten Klimaschutz wollen und keine parteipolitische Bedenkenträgerei. Es braucht jetzt
33 einen gemeinsamen politischen Kraftakt, um den Pariser Klimavertrag zu erfüllen und
34 zukünftigen Generationen die Chance zu geben, weiter in Freiheit zu leben.

35 Es ist daher allerhöchste Zeit, dass die Bundesregierung mit ambitionierten Maßnahmen den
36 Klimaschutz in unserem Land vorantreibt, statt ihn weiter zu blockieren. Wir legen hier ein
37 Sofortprogramm vor, mit dem Bund und Länder den Klimaschutz jetzt gemeinsam voranbringen
38 können. Dies ist gleichzeitig ein Forderungskatalog an die Bundesregierung. Das Klimakabinett

39 muss noch vor der Sommerpause entscheidende Weichen stellen, und zwar in folgenden drei
40 Bereichen:

- 41 1. Die zügige Einleitung des **Kohleausstiegs**, neuer Schwung beim Ausbau der
42 Erneuerbaren Energien und eine effizientere Nutzung von Energie
- 43 2. Einen **CO₂-Preis**, der ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll ist –
44 damit klimafreundliches Verhalten belohnt und klimaschädliches Verhalten verteuert
45 wird
- 46 3. Ein **Klimaschutzgesetz**, das den gesetzlichen Rahmen für konkrete Maßnahmen in allen
47 Sektoren schafft und so für Planungssicherheit sorgt für die Bereiche Wärme, Verkehr
48 und Landwirtschaft

49 Wir können jetzt zeigen, dass Klimaschutz, wirtschaftlicher Erfolg, Wohlstand und
50 gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem Industrieland im 21. Jahrhundert Hand in Hand
51 gehen. Wir würden massiv davon profitieren - sowohl durch höhere Lebensqualität, als auch mit
52 Blick auf Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Zukunft. In Deutschland gibt es mehr als
53 genug Energie und Ideenreichtum, um die entscheidenden Zukunftsfrage des 21. Jahrhunderts
54 wieder entschlossen anzugehen. Der Moment dafür ist jetzt. Klare und mutige Entscheidungen
55 sind erforderlich.

56 Dieses Papier ist auch ein Angebot zur Zusammenarbeit. Wir haben konkrete Vorschläge
57 formuliert. Für ihre Umsetzung bieten wir sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat unsere
58 Unterstützung an. Entscheidend ist, dass Deutschland seine nationalen, europäischen und
59 international verbindlich zugesagten Ziele erreicht. Über den besten Weg dorthin sind wir offen
60 für jeden konstruktiven Dialog.

61

62 **(1) Kohleausstieg einleiten, Energiewende beschleunigen**

63 Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren Energien ist entscheidend für wirksamen und
64 erfolgreichen Klimaschutz, denn nicht nur der Strombereich, sondern auch der Wärme- und
65 Verkehrssektor werden zukünftig massiv erneuerbare Energie benötigen. Hierfür müssen wir
66 Verkehr und Wärme zunehmend elektrisch versorgen und aus Strom Wasserstoff und Gas
67 machen.

68 Dieser Ausbau wird derzeit vom klimaschädlichen Kohlestrom blockiert, für den nicht nur
69 jährlich 240 Millionen Tonnen CO₂ in die Luft geblasen werden, sondern der auch die Netze
70 verstopft und gegenüber den Erneuerbaren einen unfairen Wettbewerbsvorteil hat.

71

72 **a) Kohleausstiegsgesetz**

73 Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohle-Kommission „Wachstum, Strukturwandel,
74 Beschäftigung“ hatte bereits Ende Januar 2019 einen Kompromiss für den Ausstieg aus der
75 Kohleverstromung vorgelegt. Auch mehrere Monate später hat es die Große Koalition nicht
76 geschafft, den Kohleausstieg einzuleiten. Um schnell Planungssicherheit zu schaffen, muss jetzt

- 77 unverzüglich, wie in der Kohle-Kommission vereinbart, im Rahmen von transparenten
78 Gesprächen ein verbindlicher Abschaltplan vorgelegt werden, damit
- 79 • bis Ende 2022 mindestens rund ein Viertel der Braunkohlekapazitäten und ein Drittel
80 der Steinkohlekapazitäten abgeschaltet werden,
 - 81 • für die Zeit nach 2022 ein verbindlicher Abschaltplan von Kohlekraftwerken, deren
82 Betriebsdauer länger als 25 Jahre – und damit weitgehend entschädigungsfrei – ist,
83 verbunden mit einer Übergangsfrist zur Abschaltung von drei bis vier Jahren, festgelegt
84 wird
 - 85 • und sichergestellt wird, dass das Strukturfördergesetz mit einem Volumen von 40
86 Milliarden Euro an konkrete Abschaltungen gekoppelt wird.

87

88 **b) Energiewende beschleunigen**

89 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Speichern und Netzen, muss dringend beschleunigt
90 werden. Das ist genauso klimapolitisch notwendig wie ökonomisch vernünftig, denn Energie aus
91 Wind und Sonne sind heute schon günstiger als neue Gas- und Kohlekraftwerke. Während
92 weltweit immer mehr in Erneuerbare investiert wird, brechen im Land der Erfindung der
93 „Energiewende“ die Investitionen ein. Um die Segel wieder in den Wind zu stellen, wollen wir
94 bestehende regulatorische Hemmnisse beseitigen und so „ermöglichen“ statt „verhindern“. Denn
95 was wir derzeit erleben, ist das genaue Gegenteil. Trotz Klagen aus Energiewirtschaft und
96 Industrie bleibt die Bundesregierung untätig, obwohl die Unternehmen dringenden
97 Klärungsbedarf haben und am überbordenden Maß bürokratischer Regeln verzweifeln. Wie geht
98 es weiter, wenn der Ausbaudeckel von 52 GW für Solarenergie Mitte kommenden Jahres erreicht
99 sein wird? Was passiert mit funktionstüchtigen aber nicht mehr geförderten Wind-, PV- und
100 Biomasseanlagen, die es ab 2021 immer häufiger geben wird? Warum macht man Speicher
101 unrentabel, indem man sie doppelt mit Steuern und Umlagen belegt? Darf bald jeder
102 wahlkämpfende Landespolitiker sein Bundesland zur Tabuzone für den Windkraftausbau
103 erklären? Diese und viele weitere Fragen stehen unbeantwortet im Raum und versprühen das
104 Gift der Verunsicherung in einer Branche, die Milliardeninvestitionen zu stemmen hat und die
105 dringend Planungssicherheit braucht.

106 Seit mehr als zwei Jahren beobachten wir einen Stillstand der Rechtssetzung, und immer wieder
107 gab es Vorschläge, die den Zubau der Erneuerbaren weiter ausbremsen. Zahlreiche
108 Bundesratsinitiativen aller Länder zeugen aber davon, dass es anders gehen kann, wenn man
109 will:

- 110 • Es gilt alle Deckel im EEG zu streichen, damit die klimafeindliche Begrenzung des
111 Ökostromausbaus beendet wird. Insbesondere den Ausbau der Windenergie an Land und
112 den der Solarenergie müssen wir beschleunigen. Unser Ziel ist ein Zubau von jährlich
113 jeweils mindestens 5.000 MW netto.
- 114 • Um das Potential unserer Städte und Industriegebiete für den PV-Ausbau zu nutzen,
115 müssen wir die Mieterstromregelungen vereinfachen, Rechtssicherheit für

116 Vermieter*innen schaffen und die Ausschreibungen so anpassen, dass alle, die bauen
117 wollen, auch zum Zuge kommen können. Außerdem muss die Solarenergie im
118 Außenbereich ebenso wie die Windkraft privilegiert werden.

- 119 • Das größte Hemmnis für den Zubau, insbesondere der Windkraft, ist ein Mangel an
120 Flächen. Nur wenn rechtssicher Standorte zur Verfügung stehen, werden Planungen in
121 Angriff genommen. Wir brauchen darum ein nationales Flächenziel Windkraft und eine
122 Überprüfung der bestehenden Regelungen im Bereich Flugsicherung, Denkmal- und
123 Naturschutz sowie des Planungsrechts. Zudem brauchen wir klare und einheitliche
124 Leitlinien für die Koexistenz von Windenergie und Naturschutz. Um den Ausbau der
125 Windkraft überall in Deutschland voranzubringen, muss er regional ausgeglichen
126 erfolgen und mit den Zielen des Netzentwicklungsplans im Einklang stehen. Die im
127 Netzausbaugebiet vorgenommenen Einschränkungen im Norden des Landes müssen
128 aufgehoben werden.
- 129 • Gemeinsam mit Betreibern bestehender Wind-, PV- und Biogasanlagen wollen wir neue
130 Geschäftsmodelle entwickeln und alle Regelungen streichen, die einen wirtschaftlichen
131 Weiterbetrieb behindern. Auch Repowering muss am gleichen Standort möglich bleiben.
- 132 • Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz 2.0 hat die Bundesregierung gerade den
133 Rechtsrahmen für den Netzausbau angepasst. Die Wirkung bleibt zunächst abzuwarten
134 und muss engmaschig überwacht werden, um keine weiteren Verzögerungen beim
135 Stromtransport zu riskieren. Um keine Potentiale zu verschenken, wollen wir alle
136 Trassen, die neu gebaut werden, mit den maximalen Transportkapazitäten, also 525 KV-
137 Leitungen, ausstatten.
- 138 • Wir wollen, dass die für eine erfolgreiche Energiewende dringend benötigten
139 Speicherkapazitäten nicht länger künstlich aus dem Markt gedrückt werden. Hierfür
140 muss der gespeicherte Strom von Letztverbraucherabgaben befreit werden. Dabei dürfen
141 Netzausbau und Speicher kein Widerspruch sein. Auf dem Weg in die Erneuerbare Welt
142 brauchen wir beides gleichermaßen.

143

144 **(2) Ein fairer und ehrlicher Preis für CO₂-Ausstoß**

145 Nur wenn die Preise die ökologische Wahrheit sagen, werden ökonomische Anreize für
146 Klimaschutz gesetzt. Eine kohlenstoffneutrale Wirtschaft wird dann erreichbar sein, wenn
147 Produktivität und Profitabilität sich auch daran bemisst, wie viel CO₂ ausgestoßen wurde.

148 Mit einem CO₂-Preis tragen wir dazu bei, dass es einen einfachen, marktwirtschaftlichen
149 Mechanismus gibt: Wer sorgsam mit unseren endlichen Ressourcen umgeht, hat auf dem Markt
150 einen Wettbewerbsvorteil vor dem, dessen Verhalten das Klima schädigt. Klimaschutz wird
151 billiger. Klimazerstörung, deren Kosten bisher von der Allgemeinheit getragen werden, wird
152 teurer. Heute ist es vielfach anders herum – das wollen wir ändern.

153 Wir wollen dem Ausstoß von CO₂ einen fairen Preis geben, der die ökonomischen Fehlanreize
154 insbesondere im Verkehrs- und Wärmesektor beendet. Fossile Kraft- und Brennstoffe sollen
155 deshalb mit einem Aufschlag auf den Marktpreis belegt werden. Dieser Aufschlag soll
156 mittelfristig die Kosten der Klimaschäden abbilden. Damit dies sozial ausgewogen möglich ist

157 und zugleich berücksichtigt, dass es in strukturschwachen Regionen mancherorts derzeit nur
158 begrenzt klimafreundliche Alternativen (wie z.B. einen starken ÖPNV) gibt, sollten die
159 Einnahmen als Senkung der Stromsteuer und als Energiegeld an alle Bürgerinnen und Bürger
160 wieder zurückgehen. Wer das Klima schont, zahlt weniger ein als er rausbekommt und hat am
161 Jahresende Plus gemacht. Wer das Klima schädigt, zahlt dafür. Das gilt auch für Unternehmen.
162 Dadurch erhöhen wir den Anreiz, auf klimafreundliche Technologien umzustellen und in
163 Erneuerbare Energien und Effizienz zu investieren.

164

165 Drei Grundprinzipien sind für uns entscheidend:

- 166 • ökologisch wirksam: Es sollen möglichst viele Sektoren erfasst werden und der Preis
167 möglichst schnell eine Lenkungswirkung haben, die eine Einhaltung der Klimaziele
168 ermöglicht. Die CO₂-Preise sollen sich deshalb mittelfristig an den realen CO₂-
169 Schadenskosten orientieren. Außerdem kommt es darauf an, den CO₂-Preis zügig
170 einzuführen. Wir können bei der Rettung des Klimas nicht erneut Jahre verschenken.
- 171 • sozial gerecht: Wir wollen die Bepreisung von CO₂ aufkommensneutral durchführen. Der
172 Staat erhält keine neuen Einnahmen, sondern die Mittel fließen wieder an die
173 Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zurück. Außerdem soll der CO₂-Preis zu
174 Beginn moderat sein und der Umstieg zu klimafreundlicheren Technologien gefördert
175 werden. In Härtefällen kann durch gezielte Förderung gegengesteuert werden.
- 176 • ökonomisch sinnvoll: Versorgungssicherheit und Rentabilität von energieintensiven
177 Branchen dürfen nicht gefährdet werden, um zu verhindern, dass energieintensive
178 Industriezweige ins Ausland verlagert werden. Das würde unserem Land schaden, ohne
179 dass damit etwas für das Klima gewonnen wäre. Dafür ist eine angemessene, planbare
180 und verlässliche Entwicklung des Preises für CO₂ genauso entscheidend wie gezielte
181 Entlastungen und die Förderung von klimafreundlichen Alternativen.

182

183 **Eckpunkte eines CO₂-Preises**

184

185 (A) Erhebung:

186 Wir wollen in Deutschland zeitnah einen CO₂-Preis einführen. Davon sind zwei Bereiche
187 betroffen:

- 188 • Für den Verkehrs- und Wärmesektor – also den Bereichen, in denen die
189 Klimaschutzfortschritte bisher am geringsten sind – sollen die Energiesteuern auf
190 Benzin, Diesel, Kerosin, Heizöl, Heizkohle und Heizgas um eine CO₂-Preis-Komponente
191 entsprechend der jeweiligen CO₂-Emission ergänzt werden. Hier schlagen wir einen
192 Einstiegspreis von 40 Euro/t CO₂-Emission vor.
- 193 • In der Folge soll auch für den Bereich des Emissionshandels ein CO₂-Mindestpreis in
194 Höhe von möglichst schnell 40 Euro/t gelten, um die Klimaziele zu erreichen. Unsere
195 Nachbarn Frankreich und die Niederlande drängen darauf, gemeinsam den Schritt eines
196 abgestimmten Mindestpreises zu gehen; dem sollte sich Deutschland anschließen.

197 Die konkrete Preisentwicklung in beiden Bereichen muss sich an den Zielen der Klimapolitik
198 ausrichten. Zentral ist, dass die CO₂-Bepreisung durch weitere klimapolitische Maßnahmen in
199 jedem Sektor ergänzt wird. Umfassende Förderprogramme für eine klimafreundliche
200 Wirtschaftsweise (Dekarbonisierung der Industrie, Programme für Flottenumstellung auf E-
201 Mobilität etc.), wie sie teilweise im Energie- und Klimafonds bereits eingestellt sind sowie
202 Programme für weitere notwendige Anpassungen müssen zusätzlich zur Entlastung durch den
203 niedrigeren Strompreis effizienter und wirtschaftlich sinnvoller umgesetzt bzw. neu aufgelegt
204 werden. Je mehr CO₂-Einsparung durch andere klimapolitische Instrumente erreicht wird, desto
205 moderater kann die Preissteigerung in dem jeweiligen Sektor erfolgen. Dabei ist Planbarkeit von
206 entscheidender Bedeutung, so dass wir ein unabhängiges Gremium vorschlagen, das die stetige
207 und lange angekündigte Preisanpassung vornimmt, die sich an den drei oben genannten
208 Parametern ausrichtet. Insbesondere bei absehbaren Zielverfehlungen müssen die Preise für die
209 entsprechenden Emissionssektoren angepasst werden.

210

211 (B) Rückzahlung:

212 Auch für die Rückzahlung gilt: Sie soll ökologisch wirksam, sozial gerecht und ökonomisch
213 sinnvoll sein. Deshalb schlagen wir zwei Wege der Rückzahlung vor.

- 214 • Wir wollen die Stromsteuer nahezu abschaffen, indem wir sie auf den EU-Mindestsatz
215 von 0,1 bzw. 0,05 ct/kWh abzusenken. Das bringt für die Stromkund*innen eine
216 Entlastung von 6,5 Mrd. Euro und führt dazu, dass in allen Sektoren die Wende hin zu
217 Erneuerbaren Energien beschleunigt wird. Außerdem wird damit die ungleiche
218 Belastung zwischen privaten Haushalten, Gewerbetreibenden und Mittelstand auf der
219 einen Seite und Teilen der Industrie, die bereits heute privilegiert sind auf der anderen
220 Seite reduziert.
- 221 • Da nicht alle Bürger*innen – gerade im ländlichen Raum – von heute auf morgen auf
222 umweltfreundliche Fahrzeuge und Heizungen umsteigen können, wollen wir die Kosten
223 eines CO₂-Preises sozial abfedern und daher allen Bürger*innen je 100 Euro pro Jahr als
224 Energiegeld zurückzahlen. Diese Form der Entlastung hat sich bereits in anderen
225 Ländern wie der Schweiz bewährt. Haushalte mit vier Personen bekommen so 400 Euro
226 pro Jahr erstattet, der Strompreis verringert sich durch die Abschaffung der Stromsteuer
227 durchschnittlich um weitere 60 Euro pro Jahr.

228

229 Durch die beiden Rückzahlungsmodelle werden insbesondere die entlastet, die wenig
230 klimaschädliche Energieträger verbrauchen. In der Regel steigt der Energieverbrauch – und
231 damit die Kosten - mit dem Einkommen. Durch die einheitliche Höhe der Rückzahlung für alle
232 Bürger*innen ist das Modell sozial ausgewogen. Dadurch profitieren Menschen mit geringem
233 Einkommen überproportional. Dennoch wird es Härtefälle geben, die wir im Blick behalten
234 wollen.

235 Deshalb wollen wir zusätzlich Förderprogramme sowohl für Unternehmen als auch für
236 Privathaushalte auflegen. Damit werden wir z.B. Umstieg von Heizungen, die mit fossilen

237 Brennstoffen betrieben werden, hin zu Wärmepumpen, Pelletheizungen und klimaneutralen
238 Nah- und Fernwärmenetzen beschleunigen. Im Mietwohnungsbestand wollen wir ein
239 besonderes Augenmerk auf Quartierslösungen legen. Für den Umstieg auf klimaneutrale
240 Verkehrsträger schaffen wir durch das Bonus-Malus-Konzept, im Steuerrecht und durch gezielte
241 Förderung die Möglichkeiten, um auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen.

242

243 **(3) Klimaschutz einen rechtlichen Rahmen geben**

244 Bisher hat der Bundestag das Pariser Klimaabkommen zwar ratifiziert, der zugleich erforderliche
245 verbindliche nationale Beitrag ist bisher im Rahmen des Klimaschutzberichtes lediglich eine
246 Absichtserklärung, der es an Verbindlichkeit fehlt – nicht nur gegenüber dem UN-
247 Klimasekretariat, sondern auch mit Blick auf die rechtsverbindliche Planungssicherheit im
248 nationalen Kontext. Daher muss die Bundesregierung bis zum UN-Gipfel im September in New
249 York ein Klimaschutzgesetz als rechtlichen Rahmen für die deutsche Klimapolitik mit einem alle
250 Sektoren umfassenden Maßnahmenpaket vorlegen.

251 Senken wir nicht unsere Emissionen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft bis
252 2030 um 38 % (bezogen auf 2005), wie in der Gemeinschaft der Europäischen Staaten zugesagt,
253 drohen immense Kosten für den Ankauf von Verschmutzungsrechten. Bis 2030 stehen so 30 bis
254 60 Milliarden Euro im Feuer. Schon jetzt hat die Bundesregierung hunderte Millionen Euro in
255 der Haushaltsplanung dafür vorgesehen. Sinnvoll wäre es, das Geld in Klimaschutz bei uns
256 investieren. So schaffen wir mehr Lebensqualität durch besseren Verkehr und wärmere
257 Wohnungen genauso wie mehr Arbeit und Wohlstand durch Investitionen in Deutschland.

258 Nur mit klar festgelegten Zielen und Zwischenzielen, verknüpft mit einem verbindlichen
259 Monitoring der Maßnahmen und Ergebnissen sowie verankerten Korrekturmechanismen bei
260 Zielverfehlung, können wir wieder auf den erforderlichen Zielpfad beim Klimaschutz kommen.

261 Durch ein solches Klimaschutzgesetz werden auch endlich Verbindlichkeiten innerhalb der
262 jeweiligen Sektoren und der zuständigen Ressorts festgeschrieben. Denn das Erreichen der
263 Klimaschutzziele kann nicht länger allein beim Bundesumweltministerium liegen, sondern muss
264 als Querschnitt der Regierung auch die Ministerien, welche zuständig sind für Verkehr,
265 Landwirtschaft, Bauen und Wirtschaft, in die Pflicht nehmen. Die Zielsetzung einer
266 klimaneutralen öffentlichen Verwaltung muss ebenfalls in diesem Rahmengesetz festgelegt
267 werden.

268

269 **Konkretisierende Maßnahmen zum Klimaschutzgesetz**

270

271 **Im Gebäudebereich**

272 Rund ein Drittel der gesamten CO₂-Emissionen entfallen auf den Gebäudebereich. Ohne
273 erhebliche Anstrengungen in diesem Bereich sind demzufolge sämtliche Klimaziele bis 2050
274 Makulatur. Gleichzeitig weist insbesondere der Baubereich ein besonderes träges
275 Umsteuerungsverhalten auf, da hier sehr lange Investitionszyklen von ca. 30 Jahren bestehen.

276 Soll also das erklärte und notwendige Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands (Ziel
277 Bundesregierung 2050; Ziel Grüne 2040) erreicht werden, ist ein sofortiges Umsteuern
278 erforderlich – auch um nicht heute falsche Investitionsentscheidungen zu treffen, die vor Ablauf
279 der Lebensdauer der Investition durch neuerliche Sanierung entwertet werden.
280 Da der Großteil des in Zukunft genutzten Gebäudebestandes bereits gebaut ist, kommt der
281 Sanierung eine besondere Bedeutung zu. Hierfür braucht es ordnungsrechtliche und
282 anreizorientierte Komponenten. Der Umstieg auf klimaschonende Wärme gelingt zugleich nur
283 dann, wenn er sozial ist, d.h. dass Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben. Drei Maßnahmen, die
284 sofort begonnen werden können, sind deshalb von besonderer Bedeutung:
285

286 1. Förderprogramm Faire Wärme:

287
288 Mit einer Innovationsoffensive für die besten Klima-Investitionen in Gebäude und Wohnungen
289 unterstützen wir selbstnutzende Eigentümer, Vermieterinnen sowie Mieter. Wir helfen, zu
290 tragbaren Kosten Zukunft zu gestalten und Klimaschutz gemäß der Ziele von Paris für alle zu
291 ermöglichen. Dafür wollen wir im Rahmen des Programms „Faire Wärme“ zusätzlich Mittel für
292 gute Planung, Investitionen und Bezahlbarkeit bereitstellen. Dieses zukunftsweisende
293 Förderprogramm kann durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

294 Die derzeitigen Mittel für erneuerbare Wärme, energetische Sanierung und Infrastruktur für die
295 Wärmeversorgung müssen dazu verdoppelt und die Antragsverfahren vereinfacht werden, damit
296 die Förderung gezielt wirkt. Die Kosten für Bauen, Sanieren und Wohnen müssen
297 klimaverträglich und fair für alle verteilt werden. Neben der Klima-Modernisierung öffentlicher
298 Gebäude setzen wir u.a. auf gemeinschaftlich geplante Sanierungsprojekte. Wir unterstützen
299 damit die Kommunen in der örtlichen Wärme- und Sanierungsplanung und erleichtern die
300 erneuerbare Energieversorgung durch eine moderne und gut vernetzte Infrastruktur. Im Rahmen
301 einer Quartiersförderung wollen wir warmmietenneutrale Sanierungen für Mieterinnen und
302 Mieter mit kleinem Einkommen ermöglichen. Ergänzend führen wir einen Klimazuschuss ein,
303 damit sich auch die Empfängerinnen von Wohngeld klimafreundliche Wohnungen leisten
304 können.

305

306 2. Steuerliche Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden:

307

308 Die bereits 2011 zwischen Bundesregierung und Bundesrat verhandelte steuerliche Förderung
309 als Anreiz für energetische Sanierung wollen wir endlich umsetzen. Gerade private
310 Eigenheimbesitzer*innen benötigen steuerliche Anreize zur Gebäudesanierung. Der Steuerbonus
311 muss klimapolitisch wirksam ausgestaltet sein. Es dürfen darum nur Maßnahmen gefördert
312 werden, die nachweislich auf dem vom Pariser Abkommen vorgegeben Minderungspfad liegen.
313 Durch eine progressionsunabhängige Abschreibung müssen alle gleichermaßen davon
314 profitieren, und die Sonderabschreibung muss analog zur KfW-Förderung ausgestaltet sein.

315 Dieser Bereich ist für die Erreichung der Klimaziele von großer Bedeutung, er ist aber auch ein
316 Konjunkturprogramm für unser Handwerk und den Mittelstand. Wir fordern daher die

317 Bundesregierung auf, den Ball noch einmal aufzugreifen. Klar muss sein, dass die Kommunen
318 nicht auf den Kosten der steuerlichen Förderung sitzen bleiben dürfen. Die Bundesregierung
319 sollte lieber in dieses Projekt investieren als in Strafzahlungen für das Nichteinhalten der
320 Klimaziele.

321

322 3. Effizientes Gebäude-Energie-Gesetz / Erneuerbare Wärme

323

324 Neben Anreizen bedarf es auch klarer ordnungsrechtlicher Vorgaben für den Gebäudebestand.
325 Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) hat Baden-Württemberg eine Blaupause für den
326 Bund geschaffen. Es verpflichtet die Eigentümerinnen und Eigentümer bestehender Wohn- und
327 Nichtwohngebäude erneuerbare Energien einzusetzen, sobald sie ihre Heizungsanlage
328 austauschen. Die Wirkung des EWärmeG wurde Ende 2018 evaluiert: Es war sehr erfolgreich und
329 hat über die Einsparung durch den eigentlichen Heizungstausch hinaus zu einer jährlichen
330 Reduzierung der CO₂-Emissionen um 110.000 bis 170.000 t CO₂ pro Jahr geführt. Heute werden
331 in Baden-Württemberg mehr Erneuerbare Energien im Wärmesektor eingesetzt als in jedem
332 anderen Bundesland.

333 Für den Neubau von Gebäuden ist hingegen eine Anpassung der bestehenden Energievorgaben
334 auf den KfW 40 Standard sowohl privat- als auch volkswirtschaftlich optimal. Legt man eine
335 Betrachtung der Lebenszykluskosten anstelle einer rein auf die Kapitalkosten orientierten
336 Betrachtung des Wirtschaftlichkeitsbegriffs zugrunde, so relativieren sich die erhöhten
337 Investitionskosten erheblich. Dies wird durch die Einführung des vorgeschlagenen Instruments
338 eines CO₂-Preises zusätzlich verstärkt.

339 **Im Verkehrsbereich**

340 Deutschland braucht möglichst schnell eine Verkehrswende. Das Versagen der Bundesregierung
341 ist in diesem Bereich besonders eklatant, denn seit Jahren steigt der CO₂-Ausstoß, statt zu
342 sinken. Dass die Verkehrswende nicht vorangebracht wurde, mindert die Lebensqualität der
343 Bürger*innen. Die Straßen sind dreckig, laut und verstopft. Das muss sich ändern. Deshalb
344 wollen wir uns von den fossilen Verbrennern verabschieden. Inzwischen gibt es aus der
345 Automobilindustrie deutliche Signale, dass das verstanden wird. Hinzu kommt, dass wir die
346 Bahn stärken und konkurrenzfähig machen müssen, so dass der Umstieg von Fliegern –
347 insbesondere auf der Kurz- und Mittelstrecke – auf die Schiene möglich wird. Wir wollen eine
348 intelligent aufeinander abgestimmte Mobilität zwischen abgasfreiem Auto, elektr mobiler Bahn
349 und ÖPNV, Rad- und Fußverkehr auf den Weg bringen, die auch erschwinglich ist.

350 Drei Bereiche sind deshalb besonders wichtig:

351 (A) Weg vom fossilen Verbrenner – Förderung der E-Mobilität

352 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz. Und er ist
353 entscheidend, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sichern. Weltweit wird gerade das Auto
354 neu erfunden – die Ära des fossilen Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die

355 Zukunft der deutschen Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung
356 doch noch vorne mit dabei ist. Deutschland hat dafür weltweit mit die besten Ingenieur*innen.
357 Nun braucht es politisch einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen
358 Verbrennungsmotors schafft sowie die notwendige Förderung dieser Umstellung.

- 359 • Dafür muss erstens die Ladeinfrastruktur massiv ausgebaut werden. Dies muss sowohl
360 öffentliche als auch private Ladestationen umfassen. Hierzu braucht es mehr öffentliche
361 Investitionen, bürokratische Hürden im Miet- und Wohneigentumsrecht müssen
362 abgebaut und eine Mindestquote von Ladepunkten an Stellplätzen eingeführt werden.
- 363 • Zudem müssen wir nun den Markthochlauf von E-Autos befördern. Die erfolglose
364 Kaufprämie der Bundesregierung wollen wir durch ein Bonus- Malus-System in der Kfz-
365 Steuer ersetzen. Das heißt: Rein elektrische Fahrzeuge sollen eine Gutschrift erhalten,
366 während Spritschlucker stärker an den ökologischen Kosten beteiligt werden. Dieses
367 Bonus-Malus-System ist sozial gerecht und kann ökologisch lenken.
- 368 • Wir wollen zudem den Umstieg von gewerblichen Flotten, z.B. von Handwerkern oder
369 Pflegediensten, beschleunigen. Hierfür gilt es auf der einen Seite endlich die vom
370 Bundesrat schon lange geforderten Sonderabschreibungen im Steuerrecht zu verankern.
371 So befördern wir den Flottenhochlauf und sorgen für einen attraktiven
372 Gebrauchtwagenmarkt, von dem alle Autokäufer profitieren können. Aber auch Mittel
373 der direkten Förderung sind erforderlich.

374

375 (B) Einführung eines Mobilpasses / Förderung ÖPNV

376 Bus und Bahn brauchen kräftigen Rückenwind, damit noch mehr Menschen umsteigen.
377 Zuverlässig, schnell und preisgünstig auf einem engmaschigen Nahverkehrsnetz – so stellen wir
378 uns Bus und Bahn von morgen vor. Wir wollen insbesondere die Chancen der Digitalisierung
379 nutzen und alle öffentlichen Verkehrsangebote verbinden und mit einer einzigen Smartcard
380 oder App nutzbar machen – dem grünen MobilPass. Den klassischen ÖPNV vernetzen wir mit
381 neuen Mobilitätsdienstleistungen wie Car-, Bike- und Ridesharing. Mit dem grünen MobilPass
382 erfolgt die Abrechnung automatisch und einheitlich. Begleitend dazu wollen wie die
383 Aufwendungen für Bus und Bahn durch die öffentliche Hand rasch verdoppeln.

384

385 (C) Bahn attraktiver machen als Fliegen

386 Bei der Wahl des Verkehrsmittels entscheiden die Bürgerinnen und Bürger vor allem anhand der
387 Kriterien Kosten, Komfort und Reisezeiten. Deshalb ist es unser Ziel, klimafreundliche
388 Verkehrsmittel wie die Bahn attraktiver zu machen und so die Menschen zum Umsteigen zu
389 bewegen. Wir wollen, dass mehr Menschen die Bahn nehmen und weniger den Flieger. Ein
390 erster und wichtiger Schritt ist, den Steuernachteil der Bahn gegenüber dem Flugverkehr
391 endlich zu beseitigen. Dafür wollen wir eine Kerosinbesteuerung mindestens auf Inlandsflügen
392 einführen und mit diesen Mitteln den Mehrwertsteuersatz auf Bahntickets absenken.

393 Außerdem braucht es ein besseres Netz von Schnellzügen und ein breites Angebot an
394 Nachtzügen in Deutschland und Europa. Die Investitionen des Bundes in das Schienennetz
395 müssen kurzfristig verdoppelt, mittelfristig vervierfacht werden.

396

397 **In der Landwirtschaft**

398 Die Agrarproduktion ist für ca. 15% der anfallenden CO₂-Äquivalente in Deutschland
399 verantwortlich. Zugleich ist die Landwirtschaft einer der Bereiche, die am härtesten unter der
400 Klimakrise leiden. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre mussten Bäuerinnen und Bauern nach
401 Zahlen des UBA durchschnittliche jährliche Ertragsausfälle von ca. 470 Millionen Euro
402 verkraften – infolge von Wetterextremen wie Dürre, Hagel und Starkregen. Dabei ist der
403 Dürresommer 2018 noch gar nicht eingerechnet. Klar ist, dass eine vollständig emissionsfreie
404 Landwirtschaft nicht möglich ist. Dennoch muss auch hier bis 2050 die Hälfte der Emissionen
405 eingespart werden, um durch das Pariser Klimaabkommen für 2050 vorgegeben
406 Minderungspfad der Emissionen von mindestens 95 Prozent zu erreichen.

407 Der viel zu hohe Tierbesatz, die damit verbundenen immensen Güllemengen, der Einsatz
408 mineralischer Düngemittel, der humuszehrende intensive Ackerbau und die Entwässerung von
409 Mooren, kurz die agroindustrielle Produktionsweise, hat eben nicht nur Tierleid,
410 Gewässerverschmutzung und die Entwertung von Böden zur Folge, sondern schädigt auch unser
411 Klima.

412 Um das Ruder herumzureißen, muss die Agrarpolitik der Bundesregierung ab sofort eine
413 Landwirtschaft unterstützen, die mit und nicht gegen die Natur arbeitet:

414

- 415 • Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über die EU-Agrarförderung in Höhe von ca.
416 60 Mrd. Euro pro Jahr muss sich die Bundesregierung ihre bisherige Position um 180
417 Grad korrigieren und die Agrar-Förderung künftig an eine klimafreundliche Produktion
418 koppeln.
- 419 • Der viel zu hohe Tierbestand muss verringert werden. Dazu haben wir in einem Pakt für
420 Faire Tierhaltung ganz konkrete Maßnahmen wie eine Bindung der Tierhaltung an die
421 Fläche, bessere Tierschutzstandards, eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung
422 sowie Förderprogramme zur Umstellung vorgelegt, mit deren Umsetzung die
423 Bundesregierung sofort beginnen kann und muss.
- 424 • Um die Gülleflut und die Überdüngung durch zu viel Mineraldünger zu stoppen (und um
425 enorme Strafzahlungen an die EU zu vermeiden), muss die Bundesregierung jetzt
426 endlich die Vorgaben der EU-Nitratrichtlinie erfüllen.
- 427 • Mit einem Stopp von Grünlandumbrüchen und einer Förderung der Regeneration von
428 Moorböden kann umgehend eine stärkere Kohlenstoffbindung der Böden erreicht
429 werden.

Annalena Baerbock, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anton Hofreiter, Bundestagsfraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsfraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Robert Habeck, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tarek Al-Wazir, Hessischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Claudia Dalbert, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt

Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Monika Heinold, Finanzministerin, Land Schleswig-Holstein

Ulrike Höfken, Staatsministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz

Karoline Linnert, Bürgermeisterin und Finanzsenatorin der Freien Hansestadt Bremen

Ramona Pop, Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Anja Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz